

Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaften

Fachkonferenz

10. September 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP, Englisch: Public-Private Partnership, PPP), sind langfristige Verträge, die ein Staat meist zum Bau, Erhalt und Betrieb einer Infrastruktur mit privaten Firmen abschließt. Davon betroffen sind vor allem die Sektoren Energie, Transport, Wasser und Telekommunikation. Aber auch Schulen, Krankenhäuser oder Gefängnisse gibt es als ÖPP. Finanziert werden sie entweder durch Zahlungen der öffentlichen Hand an den privaten Partner oder durch Gebühren für die Nutzer/innen, die direkt an den privaten Partner gehen.

Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit

ÖPP spielen, vor allem in Form von langfristigen Konzessionen, schon lange eine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie werden durch internationale Organisationen wie die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds (IWF) befördert. Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten folgt dabei keinem klaren Trend: 2017 waren es laut Weltbank-Daten 90 Mrd. US-Dollar ÖPP-Volumen, der Spitzenwert wurde aber 2012 mit gut 140 Mrd. US-Dollar erreicht. Deutsche Entwicklungsbanken wie die KfW und deren Tochter DEG sind an großen Infrastruktur-ÖPP in Europa, in Schwellen- und Entwicklungsländern beteiligt. Deutsche Konzerne wie Fraport, RWE, E.on und Siemens sind ebenfalls in zahlreiche internationale ÖPP involviert. Auch der Compact with Africa (CWA), eine Initiative der deutschen G20-Präsidentschaft 2017, soll umfassend zur Förderung privater Investitionen in die Infrastruktur durch ÖPP beitragen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einschließlich Risikobewertung nicht schlüssig

Mit ÖPP sollen aus Sicht der Befürworter/innen für den Staat und die Bürger/innen Kosten eingespart und Wissen der Privaten genutzt werden. Das Problem ist jedoch, dass diese Effizienzversprechen in der Realität nicht eingehalten werden. Risiken werden vom privaten Partner auf die öffentliche Hand abgeschoben. Wer am Ende die Kosten trägt, wird selten offenbart. Die meisten Verträge sowie zentrale Bestimmungen zu Wirtschaftlichkeit und Finanzierung bleiben geheim. Diese

mangelnde Transparenz erschwert jegliche demokratische Beteiligung während der Ausschreibung und des Betriebs der Projekte.

ÖPP werden als ein Ausweg aus zu hohen Staatsschulden angepriesen. In der Tat stellen ÖPP-Verträge schuldenähnliche Verpflichtungen dar, weshalb sogar der Internationale Währungsfonds vor versteckten Schulden warnt. Auch die Wirtschaftlichkeit von ÖPP wird mittlerweile in Frage gestellt: Der Europäische Rechnungshof hat 2018 in einer Analyse von ÖPP-Projekten in vier EU-Staaten gravierende Defizite festgestellt. Ähnlich hatten sich in den Jahren zuvor wiederholt die deutschen Rechnungshöfe geäußert. Ein Grund für hohe Dauerkosten sind Gewinn- oder Abnahmegarantien.

Diese führen gerade in ärmeren Ländern zu Problemen, wie zum Beispiel beim Staudamm Bujagali in Uganda. Die Risikoverteilung unter den Partnern ist eines der Kernargumente der ÖPP-Befürworter/innen. Die Realität zeigt: unvorhergesehene Ereignisse oder Nachverhandlungen führen immer wieder zu Kostenrisiken für den Staat. Die Weltbank hat dies in ihrem Ratgeber zu ÖPP bei „ungünstigem Regierungshandeln“ und sogar bei Rechtsänderungen vorgesehen. Dazu kommt das Risiko einer Pleite der ÖPP-Betreiber-gesellschaft, wie bei den spanischen Autobahnen 2017, oder des gesamten ÖPP-Konzerns, wie beim britischen Baukonzern Carillion 2018.

Rechenschaftspflicht und Transparenz erhöhen

Die Veranstaltung zieht Bilanz, welche Risiken für die öffentliche Hand ÖPP mit sich bringen: Kann eine faire Risikoverteilung erreicht werden? Ist es möglich, die besonders großen Risiken der öffentlichen Hand abzunehmen – und wenn nicht, rechnen sich ÖPP? Wie realistisch ist es, dass insbesondere ärmere Staaten in den Vertragsverhandlungen die Interessen der Bevölkerung ausreichend durchsetzen? Welche Rolle spielen hier die Weltbank und der Internationale Währungsfonds und welche sollten sie spielen? Und welchen Einfluss kann die Bundesregierung dabei ausüben?

Diesen Fragen gehen wir im Dialog von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, internationalen Finanzinstitutionen und Verwaltung nach.

Fachkonferenz Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaften

International Conference "Risk Business Public-Private-Partnerships"

10. September 2019,

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal 2, Hiroshimastr. 28, Berlin
13:00 bis 20:00 Uhr

12:30 Registrierung und Imbiss / Registration

13:00 Eröffnung und Begrüßung / Welcome remarks

13:10 **Videobotschaft Philip Alston**, UN Special Rapporteur on extreme poverty and human rights (angefragt)

13:15 - 14.00 Interviews

(Verdeckte) Schulden/ (Hidden) Debt

María José Romero, Policy and Advocacy Officer, Eurodad, Brüssel, Brussels

Mark Joseph Flanagan, Assistant Director, Strategy, Policy, and Review Department, International Monetary Fund (per Videokonferenz/ video conference)

Moderation: Irene Knoke, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Südwind / Research Associate, Südwind

14:00 - 15:30 Panel

Wirtschaftlichkeit/ Economic Efficiency

Borges Nhamirre, Coordinator, Research and Advocacy Program, Centro de Integridade Publica (CIP), Mosambik/ Mozambique

Holger Mühlkamp, Professor für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer/ German University of Administrative Sciences Speyer

Jan Martin Witte, Abteilungsleiter Zentrales Afrika und regionale Fonds bei der KfW Entwicklungsbank/ Head of Division Central Africa and Regional Funds, KfW Development Bank

Moderation: Markus Henn, Referent für Finanzmärkte bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) / Advisor, Financial Markets, WEED (World Economy, Ecology & Development)

15:30 Kaffeepause / Coffee break

16:00 - 17:30 Panel

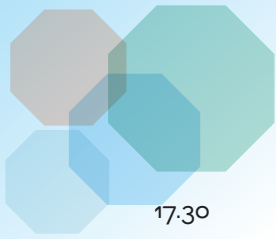
(Groß-) Risiken und Haftung/ (Major) Risks and Liability

Anuradha Munshi, Research Coordinator, Center for Financial Accountability, Indien/India

Dexter Whitfield, Director der European Services Strategy Unit (ESSU), Irland/ Ireland

Christina Paul, Senior Infrastructure Finance Specialist Weltbank, Washington, DC / World Bank,

Moderation: Carl Waßmuth, Gemeingut in BürgerInnenhand/ Board member



17.30

Pause / Coffee break

18.00 - 19.30

Abschlussdiskussion / Concluding Panel

Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaft – wer zahlt die Rechnung?

Risk business public-private partnership - who pays the bill?

Jakob von Weizsäcker, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und internationale Wirtschafts politik, sowie Chefökonom im Bundesministerium der Finanzen (angefragt)
Head, Directorate-General economic and fiscal policy strategy, international economy and finance, Chief Economist, German Federal Ministry of Finance (tbc)

Christina Paul, Senior Infrastructure Finance Specialist Weltbank /
World Bank, Washington/DC

Borges Nhamirre, Coordinator, Research and Advocacy Program,
Centro de Integridade Publica (CIP), Mosambik /
Mozambique

Laura Valentukeviciute, Vorstandsmitglied bei Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) /
Board member

Moderation: Hanna Gersmann, die Korrespondenten

19.30 - 20.00

Kleiner Empfang und Raum für weitere Diskussionen

Reception and opportunity for the exchange of ideas and experiences

Anmelden bitte bis zum 3. September 2019 [hier](#) oder auf unserer Website www.fes.de/gpol

Please register before 3 September 2019 via [Link](#) or our website www.fes.de/gpol

Please note: The conference is followed by the NGO-meeting: PPP campaign planning and strategy (German-International) on Wednesday, 11 September 2019, 9:00-15:00 hrs at Heinrich Böll Foundation, Schumannstr. 8, 10117 Berlin
For more information, please email ute.koczy@urgewald.org

Der Konferenzsaal ist über einen barrierefreien Zugang zu erreichen.
The conference hall can be accessed via a barrier-free access.